

Bankenkrise

Kommentar

Menschenhandel nicht vergessen

Heroin, Kokain, Waffen: All das ist im Kanton Luzern seit Jahren problemlos erhältlich. Eher neu ist, dass sich hier auch die Köpfe von international organisierten Verbrechersyndikaten niederlassen. Kein Wunder: Luzern liegt auf der Nord-Süd-Achse und ist nicht berühmt dafür, den Mafiabossen auf den Füßen herumzutreten. Wenn, dann reagieren Staatsanwaltschaft und Polizei erst auf Hinweis von aussen. Zum Beispiel, wenn Europol verdächtige Personen auf dem Silbertablett serviert.

Um das Feld nicht vollständig der Unterwelt zu überlassen, braucht es jetzt starke Signale. Also selbstständige Ermittlungen im Milieu, eigene Abhöraktionen und Einvernahmen. Das geht nur mit genügend Ressourcen bei der Polizei und bei der Staatsanwaltschaft. Beide Behörden müssen gleichermaßen mit mehr Ressourcen ausgerüstet werden. Denn sie arbeiten Hand in Hand: Die Staatsanwältinnen entscheiden über Massnahmen wie das Überwachen von Telefonen, die Polizisten arbeiten an der Front.

Schon bewilligt ist ein schrittweiser Ausbau des Polizeikorps. Dass die Staatsanwaltschaft jetzt ihrerseits mehr Personal fordert, ist folgerichtig. Nur mit vereinten Kräften ist der organisierten Kriminalität beizukommen. Unverständlich ist aber, dass die Polizei ausgerechnet in jenem Bereich kaum aufgestockt wird, in dem mit Menschen gehandelt wird. Diese Prioritätensetzung ist höchst fragwürdig.



Alexander von Däniken
alexander.vondaniken@luzernerzeitung.ch

Apropos

Selbstverteidigung

Ihre Neutralität hat der Schweiz einen Mehrfrontenkrieg eingetragen – um ihren guten Ruf. Jüngster Schauplatz: der «Spiegel». Darin kontert Paul René Seger, Schweizer Botschafter in Berlin, eine Breitseite gegen die hiesige Ukraine-Politik. 75 000 Flüchtlinge habe die Schweiz aufgenommen, eine Wiederaufbaukonferenz ausgerichtet, und sie sei kein Schwarzgeldparadies mehr, so Seger, der beflissen die Talking-Points des EDA runterschreibt. Botschaft ans deutsche Publikum: «Neutral ist nicht egal», indes mit dem lapidaren Beisatz, kein Land sei perfekt.

Deborah Stoffel

«Ich hoffe, dass die Zinsen weiter steigen»

Volkswirtschaftsprofessor Aymo Brunetti erklärt, wieso die Zinsen jetzt trotz drohender Bankenkrise weiter steigen müssen – und weshalb die Credit Suisse nicht gerettet werden muss.

Daniel Zulauf und Florence Vuichard

Sie haben Ihr letztes Buch vor fünf Jahren geschrieben und der Weltwirtschaft zehn Jahre nach der Finanzkrise den «Ausnahmezustand» bescheinigt. Sind wir jetzt wieder zurück in der Krise?

Aymo Brunetti: Die aktuelle Situation ist nicht mit jener von 2008 vergleichbar. Es sind einzelne Banken, die wegen ihres Geschäftsmodells und hausgemachter Fehler in Schwierigkeiten geraten sind. Aber wir haben nach heutigem Wissensstand kein grundsätzliches Problem wie damals, als in den Bilanzen aller systemrelevanten Banken sehr explosive Werte verborgen waren.

Dann ist jetzt also alles gut und die Börsen sind hysterisch?

Nein. Wir befinden uns auf dem notwendigen Weg zu höheren Zinsen. Dass dieser Weg steinig wird, weiss man schon lange. Es gibt Korrekturen in den Finanzmärkten und vereinzelt auch hohe Verluste. Aber die Regulatoren prüfen seit der Finanzkrise regelmässig unter anderem in Stresstests, ob die systemrelevanten Banken bei Schocks genug kapitalisiert und liquide sind. Die Sicherheitsmarge ist heute viel grösser als damals. Die Wahrscheinlichkeit, dass aus den aktuellen Verwerfungen eine neue Finanzkrise entsteht, ist eher klein.

Die Puffer der Banken sind zwar dicker als 2007, aber die Bilanzen der Notenbanken sind auch zehnmal grösser als damals. Unterläuft die Liquiditätsflut nicht die Sicherheitsmargen der Banken?

Die extrem expansive Politik der Notenbanken und die daraus folgende Liquiditätsflut hat die Finanzstabilität nicht verbessert. Umso wichtiger sind die Puffer, die wir eingebaut haben. Ich war schon immer der Meinung, dass es ein Fehler war, nach der Finanzkrise so lange eine so expansive Geldpolitik weiterzuführen.

Die Notenbanken wollten damit auch die Deflationsrisiken senken.

Die haben in meiner Einschätzung seit der Finanzkrise gar nie wirklich bestanden. Mit ihrer expansiven Geldpolitik haben die Notenbanken die Inflation nicht hochgebracht, dafür aber Preisblasen erzeugt bei den Vermögenswerten – bei Aktien, Immobilien oder auch Kunstbeständen. Das korrigiert sich jetzt wieder, in diesem Prozess stecken wir drin. Und er ist noch nicht abgeschlossen. Ich hoffe, dass die Zinsen weiter steigen.

Sie plädieren für Zinserhöhungen, auch wenn dadurch das Risiko einer Finanzkrise steigt?

Es wäre sehr problematisch, sollte die US-Notenbank Fed nun wegen dieses relativ überschaubaren Unfalls von ihrem Kurs zu höheren Zinsen abkommen. Wir müssen die Inflation jetzt bremsen. Sonst haben wir plötzlich einen sich selbstverstärkenden Inflationsprozess wie in den 1970er-Jahren, den man dann nur noch mit Radikalmethoden bekämpfen kann. Die Folgen damals waren in den USA Zinssätze von 20 Prozent, eine schwere Rezession und hohe Arbeitslosigkeit.

Die Notenbanken haben die Lage zuletzt immer anders beurteilt. Wieso sollten sie jetzt hart bleiben?

Sie haben alle zu lange zugewartet, aber in jüngster Zeit immerhin klar kommuniziert, dass sie die Zinsen so lange erhöhen werden, bis das Inflationsproblem gelöst ist. Ich hoffe, die Botschaft gilt weiterhin. Aber die Gefahr besteht schon, dass die Notenbanken nun wieder stehen bleiben. Das Risiko einer solchen Verzögerung wären meines Erachtens grösser als jenes einer unmittelbar bevorstehenden Finanzkrise.

Sie bezeichnen die US-Pleitebanken als Einzelfälle. Aber die Anleger haben alle Bankenaktien weltweit fallen gelassen.

Finanzturbulenzen kommen schnell, und Anleger können nun mal nicht in-

«Wenn die Credit Suisse nicht mehr lebensfähig ist, dann muss sie in Konkurs gehen können.»



Aymo Brunetti
Professor Universität Bern

nerhalb eines Tages Sorgfältigkeitsprüfungen von allen Banken machen. Um auf der sicheren Seite zu sein, werden deshalb Banktitel im grossen Stil verkauft. Es ist eine typische Reaktion auf Unsicherheit. Aber das dürfte sich wieder korrigieren, je klarer das Problem verstanden wird.

US-Präsident Biden hat seinen Landsleuten versprochen, dass ihr Geld auf US-Banken sicher sei. Hat er damit das Problem entschärft oder gar verschlimmert?

Die Finanzkrise hat uns gelehrt, dass es sich lohnt, die Panik rechtzeitig einzudämmen. Aber man muss vorsichtig sein: Wenn offizielle Statements nach Beruhigungsphrasen klingen, dann könnten sie die Situation tatsächlich verschlimmern.

Im Fall der kalifornischen Silicon Valley Bank lassen die US-Behörden zwar die Aktivseite, also das Vermögen der Aktionäre, pleitegehen, verstaatlichen aber die Passivseite der Bilanz, die Kundeneinlagen. Was halten Sie davon?

Schön ist es natürlich nicht, dass der Staat wieder eingreifen muss. Aber von allen Mitteln im Giftschrank ist die Sicherung der Kundeneinlagen noch das am wenigsten Weitgehende. Schliesslich gibt es die Einlagensicherung, sie wurde einfach ausgedehnt für Leute mit mehr als 250 000 Dollar auf dem Konto.

Das sind im Fall der Silicon Valley Bank nicht irgendwelche Sparer, sondern Risikokapitalgesellschaften, die viel über Risiken reden, diese aber offensichtlich nicht selber tragen wollen.

Ja, es ist störend, wenn Profis wie diese nicht bestraft werden, wenn sie offensichtlich fahrlässig anlegen. Aber das

Vorgehen der Behörden ist trotzdem viel weniger weitgehend als in der Finanzkrise, wo die Staaten reihenweise Banken verstaatlichen und deren Risiken vollständig übernehmen mussten. Immerhin erleiden bei der Silicon Valley Bank die Aktionäre jetzt einen Totalverlust.

Die UBS musste 2008 vom Staat gerettet werden. Aber letztlich hat das dem Land geholfen.

Hätte man die UBS in Konkurs gehen lassen, wäre es eine Katastrophe gewesen. Im Nachhinein gesehen hätte man auch Lehman Brothers retten müssen. Die Kollateralschäden des Konkurses waren viel zu gross.

Also muss der Staat jetzt auch die Credit Suisse retten?

Nein. Genau für solche Fälle wurde das «Too big to fail»-Regime gemacht. Eine einzelne Bank muss in Konkurs gehen können. Ich hoffe ja nicht, dass es so weit kommt: Aber wenn die Credit Suisse nicht mehr lebensfähig ist, dann muss sie in Konkurs gehen können. Die «Too big to fail»-Regeln sind so konstruiert, dass das systemrelevante Schweizer Geschäft abgetrennt und separat weiter funktionieren kann.

Wann soll denn der «Too big to fail»-Plan gestartet werden? Wenn die Aktie unter 2 Franken fällt?

Nein, wenn die CS zu wenig Eigenkapital hat. Die Börsenkapitalisierung ist hier nicht entscheidend.

Kann ein genereller Kurseinbruch bei Bankaktien auch das Vertrauen der Anleger und vielleicht sogar der Bankkunden schwächen?

Sicher. Aber der kausale Zusammenhang kann auch umgekehrt sein: Fallende Börsenkurse sind Ausdruck eines abnehmenden Vertrauens. Der Kurs-



Im Regen: Die Banken erleben nach der Pleite eines US-Finanzinstituts trübe Tage, auch



in der Schweiz.

Bild: Stefan Wermuth/Bloomberg

Nach Horrorjahr: Keine Boni für die CS-Chefs

Samuel Thomi und Michael Graber

Nach all den Hiobsbotschaften der vergangenen Jahre, Monate und Wochen treffen die schlechten Nachrichten nun erstmals auch die Führungsspitze direkt. Die Chefs der Credit Suisse erhalten für das vergangene Geschäftsjahr jedenfalls keine Boni und damit nur ihre fixen Vergütungen. Angesichts des «finanziellen Verlusts für 2022 wird der Generalversammlung kein Antrag auf eine variable Vergütung der Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr vorgelegt», teilte die Bank gestern mit.

Statt der leistungsbezogenen Boni beantragt der Verwaltungsrat den Aktionären für die Geschäftsleitung jedoch einen anderen, neuen und einmaligen finanziellen Anreiz. Die Bank-Chefs sollen in Form von Aktien für «die erfolgreiche Umsetzung der strategischen Ziele» der Credit Suisse belohnt werden. Der Maximalbetrag dafür: 30,1 Millionen Franken. Diese Vergütung solle «sicherstellen, dass die neue Geschäftsleitung auf langfristige Aktionärsinteressen ausgerichtet» sei, argumentiert der CS-Verwaltungsrat. Dieser sogenannte «Transformation Award» solle 2023 gesprochen werden und Leistungen der Bank-Spitze bis Ende des Jahres 2025 einschliessen.

Trotz Boni-Ausfall: Darben muss die Chefetage der Credit Suisse freilich

nicht. Bank-Chef Ulrich Körner verdiente 2022 laut dem Geschäftsbericht 2,5 Millionen Franken. Er stieg allerdings erst Mitte Jahr innerhalb des Unternehmens in das Spitzenamt auf. Zum Vergleich: 2021 hatte Thomas Gottstein bei der Krisenbank noch 3,8 Millionen Franken verdient. Dabei hatte die Bank bereits damals grosse Verluste geschrieben. 2020 hatte Gottstein gar noch stolze 8,3 Millionen Franken kassiert.

Per Anfang 2022 wurde zudem Axel Lehmann neuer Präsident des CS-Verwaltungsrats. Aufgrund des schlechten Ergebnisses der Bank verzichtet dieser nun freiwillig auf sein Honorar von 1,5 Millionen Franken, wie es heisst. Lehmann erhält dennoch 3 Millionen Franken ausbezahlt – inklusive Pensionskassenschädigung sogar knapp 3,2 Millionen. Zum Vergleich auch hier: Sein Vorgänger, der Portugiese António Horta-Osório, verdiente im vorangehenden Geschäftsjahr als Kurzzeitpräsident der Credit Suisse noch 4,5 Millionen Franken. Er musste dann seinen Stuhl räumen, unter anderem weil er sich nicht an die Corona-Regeln hielt.

Die gesamte 18-köpfige Geschäftsleitung der CS erhielt im vergangenen Geschäftsjahr 34 Millionen Franken. Zum Vergleich auch hier: 2021 flossen an die 15 Personen in der Geschäftsleitung noch insgesamt 38,1 Millionen.



Verzichtet auf 1,5 Millionen: Axel Lehmann.
Bild: Keystone

Mögliche Reaktionen auf die kurze Panik in den USA

Verunsicherte Finanzmärkte warten auf Entscheid der Notenbank.

Renzo Ruf, Washington

Die Panikattacke scheint vorerst vorbei zu sein. Am Dienstag erholten sich die Aktienkurse regionaler Bankinstitute an den amerikanischen Börsen auf breiter Front. So legte die First Republic Bank aus San Francisco (Kalifornien) zwischenzeitlich mehr als 63 Prozent zu, nachdem die Aktie des Finanzinstitutes, das sich auf Vermögensverwaltung spezialisiert hat, am Montag bis zu 75 Prozent ihres Wertes eingebüsst hatte.

Weil auch ein «Bankrun» ausblieb und die echten und virtuellen Schalter der angeschlagenen Banken nicht von verunsicherten Kundinnen und Kunden belagert wurden, richtet sich der Fokus nun auf Washington.

Zum einen ist die Politik gefragt: Der rasante Zusammenbruch zweier mittelgrosser Banken zeigte in den Augen vieler Finanzexperten auf, dass die Instrumente, mit denen die Aufsichtsgremien hantieren, nicht mehr zeitgemäss sind. Plötzlich scheinen nicht nur global operierende Banken «systemrelevant» zu sein, sondern auch Institute, die bisher über die Grenzen eines Bundesstaates hinweg nicht bekannt waren.

Die Silicon Valley Bank in Kalifornien beispielsweise, die abgewickelt werden musste und nach dem Zusammenbruch einer Bank in New York für Panikreaktionen sorgte. Um eine Ansteckung der Branche zu verhindern, hebelten die Aufsichtsbehörden kur-

zerhand die Regel aus, wonach Kundeneinlagen nur bis zur Obergrenze von 250 000 Dollar garantiert sind.

Werden Aufsichtsregeln nun verschärft?

Erste Reaktionen deuten allerdings darauf hin, dass es schwer sein wird, einen politischen Konsens über eine Verschärfung der Aufsichtsregeln zu finden. Republikanische Politiker machten das Management der Silicon Valley Bank für den Zusammenbruch verantwortlich, weil es angeblich zu «woke» gewesen sei und beim Versuch, möglichst aufgeklärt zu wirken, die Bilanz vergessen habe. Linke Kritiker finden ersteren Vorwurf absurd; die Führungsrige der Silicon Valley Bank habe schlicht und einfach schlecht gewirtschaftet, sagen sie, und sei dabei von keiner Aufsichtsbehörde gebremst worden.

Das zweite Scheinwerferlicht richtet sich auf die amerikanische Notenbank. Nächste Woche wird der geldpolitische Ausschuss der Federal Reserve beraten, ob eine weitere Erhöhung des Leitzinssatzes angebracht ist, der sich aktuell in einem Zielband von 4,5 Prozent bis 4,75 Prozent bewegt. Die ökonomischen Daten würden ein weiteres Drehen an der Zinsschraube rechtfertigen. Die Preissteigerung kühlte sich zwar im vergangenen Monat erneut ab, mit 6 Prozent liegt die Inflation aber noch deutlich über dem Wert, der in den Augen der amerikanischen Wäh-

rungshüter akzeptabel ist. Der Wert beträgt auf dem Papier 2 Prozent.

Die logische Reaktion auf diese Entwicklung? Eine weitere Zinserhöhung durch die Notenbank. «In normalen Zeiten», sagte am Dienstag Aichi Amemiya, ein Ökonom des japanischen Finanzinstitutes Nomura, würden diese Daten eine «starke Erhöhung» des Leitzinssatzes rechtfertigen, um bis zu einen halben Basispunkt.

Keine Zinserhöhung in der nächsten Woche?

Die Zeiten sind aber nicht normal. Deshalb prognostiziert Amemiya nun eine Zinssenkung der Federal Reserve, und zwar um einen Viertelpunkt. Nur so könne die Notenbank verhindern, dass die steigenden Kreditkosten – aufgrund der hohen Zinsen – nicht zu einem Zusammenbruch der Volkswirtschaft führten.

Mit dieser Meinung steht Amemiya zwar vorerst allein auf weiter Flur. Beobachter waren sich aber einig, dass die schwierige Aufgabe von Fed-Chef Jerome Powell noch schwieriger geworden ist. Preisstabilität gehört zu den Kernaufgaben der US-Notenbank, und Powell hat sich in den vergangenen Monaten zu diesem Ziel mehrfach und in klaren Worten bekannt.

Eine weitere Erhöhung der Zinsen könnte aber die Probleme im Bankensektor verschärfen, da sich nicht nur die Silicon Valley Bank mit langfristigen Anleihen eingedeckt hat, die nun weniger wert sind.

zerfall am Montag war Ausdruck einer grossen Unsicherheit in den Märkten. Man hat das Phänomen nicht ganz verstanden und war sich nicht sicher, ob die Krise bei der Silicon Valley Bank ein generelles Problem der Branche sein könnte oder eher nicht. In einer solchen Situation gehen risikoaverse Investoren durch den Ausgang.

Dann muss auch bei der CS der Vertrauensschwund der Kunden am Anfang gestanden haben. Müsste die Schweiz nicht nach US-Vorbild alle Kundeneinlagen der Bank garantieren?

Nein, sicher nicht. Für alle, die weniger als 100 000 Franken bei der CS haben, gibt es ja kein Risiko. Bis zu diesem Betrag ist das Geld gesichert. Wer aber dort zwei oder drei Millionen Franken in bar parkiert hat, ist selber schuld. Ich denke nicht, dass das viele sind. Auch darum ist die Gefahr eines Bankruns bei der CS eher klein.

Die Idee einer Übernahme der Credit Suisse durch die UBS scheint gerade etwas mehr Zuspruch zu bekommen – auch bei Ihnen?

Wie sinnvoll eine solche Übernahme wäre, kann ich betriebswirtschaftlich überhaupt nicht beurteilen. Aber ich bin froh, wenn die UBS in einem guten Zustand ist. Man könnte vielleicht argumentieren, dass sich aus einem Zusammenschluss der beiden Grossbanken neue Möglichkeiten ergäben, aber es entstünden sicher auch neue, kaum absehbare Risiken. Ich bezweifle deshalb, dass ein solcher Zusammenschluss eine gute Idee ist. Und ich glaube auch nicht, dass die Wettbewerbskommission einen solchen Merger ohne weiteres akzeptieren könnte.

Vielleicht ja schon, wenn sich so ein Konkurs verhindern liesse?

Auch wenn es so wäre, wäre es nicht gut für den Schweizer Markt, wenn eine so grosse Akteurin entstünde. Aber ich weiss, es gibt Leute, die haben die Vorstellung, dass es zumindest eine besonders grosse Bank braucht in der Schweiz – ein nationaler Champion. Aber das ist eine industriepolitische Idee, die ich problematisch finde.

Wie hoch werden die Zinsen gehen? Sie werden wohl noch deutlich höher gehen müssen als jetzt. Eine Inflationsrate von 6 Prozent und mehr, wie wir sie in den USA und in Europa immer noch sehen, ist inakzeptabel.

Aber viele Staaten, Haushalte und auch Firmen sind doch stark verschuldet. Warum sollten wir uns jetzt höhere Zinsen antun?

Damit wir später nicht viel höhere Zinsen brauchen, um die Inflation wieder unter Kontrolle zu bringen. Die Schulden werden in den nächsten drei oder vier Jahren nicht stark sinken. Es ist viel besser, wir akzeptieren jetzt etwa in den USA Zinsen von 5 oder 6 Prozent als zweistellige Prozentzahlen in ein paar Jahren. Dann würde das Schuldenproblem noch viel destabilisierender.

Mister «Too big to fail»

Aymo Brunetti (60) gilt als einer der Väter des «Too big to fail»-Regelwerks. Der Ökonomieprofessor arbeitete im Nachgang der Finanzkrise intensiv mit an den Stabilitätsregeln für systemrelevante Banken – zuerst als Chefökonom im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), dann ab 2012 als Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Bern. Brunetti ist verheiratet, Vater zweier erwachsener Kinder und lebt in Basel. (fv)